

# OFFENER BRIEF

als Antwort auf den Leserbrief der Klasse 8d  
erschienen in der DZ vom 20.12.2011

an: **Staatliche Realschule Freyung**  
per E-Mail: sekretariat@realschule-freyung.de  
**Leserforum der PNP/DZ**  
per E-Mail: leserforum@pnp.de

Sehr geehrtes Kollegium der Staatlichen Realschule Freyung,  
liebe Schüler der 8d,

zunächst möchten wir euch zu einer offensichtlich sehr fruchtbaren politischen Diskussion im Rahmen des Klassenverbandes gratulieren.

Euer Leserbrief, der am Dienstag, den 20. Dezember 2011, in der Deggendorfer Zeitung erschien, kann von unserer Seite nicht unwidersprochen bleiben.

Beschlossen wurden auf dem Bundesparteitag der Piraten, der am 3. und 4. Dezember 2011 in Offenbach stattfand, folgende Anträge zum Themenbereich Drogen-/Suchtpolitik:

- PA023<sup>1</sup> (Grundsatzprogramm) der AG Drogen:

Antragsbegründung: "Eine konsistente Drogenpolitik - beziehungsweise eine konsistente Aussage dazu - ist notwendig für Programmentwicklung und Wahlen, sowie für eine konsequente Politik in dieser Thematik. Die Notwendigkeit einer neuen Herangehensweise an Drogen ist allgegenwärtig, ein neuer Ansatz dazu überfällig. International steigt die Akzeptanz zu einem Neubeginn. Das Scheitern des 'war on drugs', bei dem die organisierte Verbrechen ganze Regionen übernimmt, kann nicht länger geleugnet werden. Nur hierzulande soll nach dem Willen der liberalen und konservativen Kräften im Lande alles beim Alten bleiben. Dem stellen wir mit diesem Antrag unsere sachlich fundierte Alternative entgegen."

- PA299<sup>2</sup> (Grundsatzprogramm)

Die genauen (und umfangreichen) Antragsinhalte sind online für jedermann einzusehen. Ebenso kann die Diskussion auf dem BPT11.2 nachvollzogen werden<sup>3</sup>.

Wir sind keine Naivlinge, die abstruse Forderungen aufstellen. An den o. g. Anträgen haben etliche Mitglieder unserer Partei monatelang gearbeitet.

Die Legalisierung von Drogen bedeutet nicht automatisch eine Freiverkäuflichkeit dieser. Wir fordern ganz im Gegensatz dazu einen verantwortungsvollen Umgang mit Suchtmitteln.

Wir gehen vom "mündigen Bürger" aus. Eine Verbotspolitik entmündigt Bürger, schränkt Freiheit unnötig ein und impliziert mangelndes Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen.

Nicht die "Freigabe" von Drogen bringt Jugendliche und Kinder in Gefahr, sondern die derzeitige, als gescheitert zu betrachtende, Prohibitionspolitik. Heranwachsende müssen über die Gefahren des Drogenkonsums umfangreich und ehrlich aufgeklärt werden. Dies soll unserer Meinung nach im Rahmen des Schulunterrichts passieren (ähnlich z. B. dem "Sexualkundeunterricht"). Wer weiß, worauf er sich einlässt, wird es sich zweimal überlegen.

Der Reiz des Verbotenen spielt dem Missbrauch in die Hände und verhindert ihn nicht.

Schon heute ist der Erwerb von Drogen jeglicher Art nicht effektiv zu unterbinden. Es hat sich ein riesiger Schwarzmarkt gebildet, der keinen Jugendschutz kennt und der zur Finanzierung unerwünschter Unternehmungen genutzt wird (z. B. Terrorismus). Jedes Jahr sterben mehr Menschen an den Nebeneffekten einer gescheiterten Drogenpolitik als durch den Konsum, beispielsweise durch durch den Stoffen beigefügte Verunreinigungen. Besonders prominent sind in dieser Hinsicht die "Drogenkriege" Südamerikas. Die Legalisierung führt bei diesen Problemen zu Linderung: Den kriminellen Strukturen bricht die Finanzgrundlage weg und staatlich geprüfte Stoffe garantieren nicht verunreinigte Suchtmittel und ein höheres Maß an Kontrolle.

Wer bereits in die Abhängigkeit abgerutscht ist, dem soll durch Sofortmaßnahmen (Spritzenabgabe, Drug Checking) geholfen werden. Angehörige sollen Ansprechpartner vorfinden. Sowohl Abhängigen wie auch Angehörigen muss ein gut ausgebautes Netz an Beratungs- und Hilfseinrichtungen zur Verfügung stehen.

Für die medizinische Anwendung diverser Wirkstoffe muss durch wohldurchdachte gesetzliche Rahmenbedingungen Rechtssicherheit geschaffen werden.

Zur Minimierung der Gefährdung im Straßenverkehr müssen die bestehenden Methoden angepasst werden (z. B. Grenzwerte wie bei Alkoholkonsum). Dies bedeutet natürlich auch die Sanktionierung von Verhalten das Dritten schadet. Wir Piraten wollen keine "freie Fahrt für hohe Bürger".

Gerade die Piratenpartei hat den Jugendschutzaspekt mit den Beschlüssen des BPT11.2 hervorgehoben.

Portugal hat mit seiner Entkriminalisierungspolitik gute Erfolge vorzuweisen. So vermeldete die Europäischen Schülerstudie zum Konsum von Alkohol und anderen Drogen (ESPAD) von 2004: Nur 15% der portugiesischen Schüler hätten schon einmal Cannabis konsumiert. "Damit ist der Drogenkonsum unter portugiesischen Schülern im europäischen Durchschnitt relativ gering - in Deutschland läge er bei 27% - Spitzenreiter sei Tschechien mit 44%."<sup>4</sup>

Wir würden uns freuen, wenn die vorgenannten Ausführungen bei einer erneuten Diskussion des Themas einfließen könnten. Es sei an dieser Stelle nochmals auf die unten angegebenen Links zu den vollständigen Fassungen der Anträge sowie den Aufzeichnungen des BPT11.2 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

i. V. Florian Straßer

Piratenstammtisch Deggendorf

<sup>1</sup> [https://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag\\_2011.2/Antragsportal/PA023](https://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2011.2/Antragsportal/PA023)

<sup>2</sup> [https://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag\\_2011.2/Antragsportal/PA299](https://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2011.2/Antragsportal/PA299)

<sup>3</sup> [https://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag\\_2011.2](https://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2011.2)

<sup>4</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Rechtliche\\_Aspekte\\_von\\_Cannabis#Portugal](http://de.wikipedia.org/wiki/Rechtliche_Aspekte_von_Cannabis#Portugal)